

Wie sollen denn die Arbeiter Vertrauen zu einer sogenannten Opposition gewinnen, wenn solche Leute als Hauptwahlredner im Namen der Opposition auftreten? Wie sollen die Arbeiter Vertrauen gewinnen, wenn sie im Betrieb von den sogenannten Sozialdirektoren schikaniert werden, von denen der größte Teil Mitglied der Sozialdemokratie und ein Teil Mitglied der CDU ist? Glaubt denn jemand, die christlichen Arbeiter in der Westfalenhütte werden sozialdemokratisch wählen, wenn sie wissen, daß ihnen der „Sozialdirektor“ der Westfalenhütte die Entlassungen aushändigt oder Kurzarbeit für sie anordnet? Das ist aber ein „Sozialdirektor“, der Mitglied der SPD ist und ein Jahresgehalt von 135 000 Mark hat. Ja, wie soll sich denn ein christlicher Arbeiter unter diesen Umständen orientieren?

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich so ausführlich über diese Frage spreche. Aber da viele Genossen gebeten haben, man soll doch klar antworten, was in Nordrhein-Westfalen vor sich gegangen ist, bin ich gezwungen, ausführlich darauf einzugehen. (Beifall.) Das ist für die Information der Bevölkerung der DDR wichtig, aber auch für die Orientierung der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Nordrhein-Westfalen und in Westdeutschland überhaupt.

Nach dieser Politik, wie sie die rechten SPD-Führer in Nordrhein-Westfalen durchgeführt haben, hat der Parteivorstand der SPD zum Wahlergebnis Stellung genommen. In dem Beschluß heißt es, daß die SPD ihre Rolle als ein „Warner“ gegenüber den Gefahren der Adenauerpolitik fortsetzen werde. Ja, wenn die SPD-Führung nur warnt, kann das Herr Adenauer noch eine ganze Zeit, aushalten. (Heiterkeit.)

Das werktätige Volk hat eine andere Vorstellung vom Kampf um die Sicherung des Friedens. Die westdeutschen Monopolisten und Militaristen unter der Assistenz des hohen Klerus setzen rücksichtslos alle ihre Machtmittel ein, um die verderbliche atomare Aufrüstung durchzusetzen und jede friedliche Lösung der deutschen Frage zu verhindern. Die Arbeiterklasse kann sich darum nicht mit der Rolle des Warners abfinden. Die SPD-Führung soll nicht glauben, daß man sich mit der Warnung ein Alibi vor dem Volk verschaffen kann. Warnen muß man sowieso. Es ist aber notwendig, der Arbeiterklasse und dem Volk die volle Wahrheit über den Ernst der Lage zu sagen. Dazu ist man verpflichtet. Das Wichtigste aber